

wie diese Rolle rechtlich ausgestaltet ist. Der RefE lehnt sich an den Sachwalter im Verfahren nach den §§ 270 ff. InsO jedenfalls beim obligatorisch zu bestellenden Restrukturierungsbeauftragten. Er ist mit seinen Aufgaben im Planbestätigungsverfahren in gewisser Weise die Wiederkehr des vor 20 Jahren verschwundenen Vergleichsverwalters. Die Abgrenzung zum mit besonderen Aufgaben und Befugnissen ausgestatteten fakultativen Restrukturierungsbeauftragten droht eher Unklarheiten in konkreten Fällen hervorzurufen. Und die Abgrenzung von fakultativen Restrukturierungsbeauftragten ohne Sonderermächtigungen zum Sanierungsmoderator ist unklar. Auf den fakultativen Restrukturierungsbeauftragten sollte das Gesetz verzichten.

Die Vergütungsregelungen werden Anlass zu Konflikten geben. Das Regel-Ausnahmesystem von Regelhöchststundensätzen und deren Überschreitung ist kompliziert, belastet arbeitsmäßig die Gerichte und zudem ihr Verhältnis zu den

Berufsträgern, die von ihm bestellt werden. Das Bemühen, Missbräuche zu verhindern, ist nachvollziehbar und damit das kostenrechtliche Grundmodell der §§ 84 ff. StaRUG; ob die Beteiligten damit in praxi sinnvoll werden arbeiten können, ist dahingestellt zu lassen.

Der Restrukturierungsbeauftragte, sei er obligatorisch oder fakultativ zu bestellen, ist vorbefasst. Als Insolvenzverwalter ist er ungeeignet; die Ergänzung des § 56 Abs. 1 InsO sollte keinesfalls Gesetz werden.

Die Orientierung der Haftungsregel des § 79 Abs. 4 StaRUG an § 60 InsO ist schief und allenfalls für den obligatorisch zu bestellenden Restrukturierungsbeauftragten in der vorgesehenen Weise sinnvoll. Für den fakultativ zu Bestellenden kommt eine undifferenzierte Anwendung des § 79 Abs. 4 StaRUG nicht in Betracht. Will man überhaupt an dieser Rechtsfigur festhalten, bedürfte es also besonderer Regelungen.

ZInsO-Bücher- und Zeitschriftenreport

Wege durch die Unternehmenskrise

Christoph Niering/Christoph Hillebrand, 4. Aufl. 2020, 443 S., 49,99 €, Hardcover, ISBN 978-3-658-23144-6, Springer Fachmedien

Schlägt man das handliche und optisch ansprechende Buch als Jurist erstmalig auf, ist man zunächst ob des optischen Eindruckes etwas verwundert: Kurze Einleitung, kurze Ausführungen nebst Praxistipps/-beispielen sowie Fazit – und nur einige wenige Fundstellen. Ein solcher Duktus stünde manch juristischer Literatur gut. Der Lesbarkeit tut dies mitnichten einen Abbruch. Denn „Sanieren statt Liquidieren – Ein Praxisleitfaden für Unternehmer und Berater“ lautet der Untertitel des nun in der 4. Auflage vorliegenden Werks. Es richtet sich also primär offenbar an Nicht-Juristen. Und die wären wiederum bei dem üblichen Aufbau von juristischer Fach-Literatur und der üblichen Vielzahl von Fundstellen sicherlich nicht nur verwundert, sondern wenig geneigt, das Buch von *Niering/Hillebrand* weiter zu lesen. Das sollten sie aber! Der Unternehmer und (Steuer- oder/ und Sanierungs-)Berater findet nämlich von diesen renommierten Praktiker-Autoren einen hervorragenden Überblick über die entscheidenden Stationen bei Unternehmenssanierung und Insolvenzverfahren, gleich ob klassischer oder ESUG-Ausprägung (Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unter-

nehmen – ESUG). Ergänzt um zahlreiche Checklisten, Muster und Arbeitshilfen bspw. zur Bestandsaufnahme, zu ergreifenden Maßnahmen, Rangrücktrittserklärungen, Anträgen zur Einleitung eines § 270b InsO-Verfahrens und vieles mehr. Letzteres auf immerhin 96 Seiten des Werks: Sanierungspraxis pur.

Bemüht man sich um Kritik, wie einer Rezension grds. geschuldet, fällt lediglich auf, dass die aktuelle Pandemie-Situation und die entsprechenden gesetzgeberischen Eilmaßnahmen wie das COVInsAG in der 4. Auflage des Buchs keine Berücksichtigung gefunden haben. Dies konnten sie aber auch gar nicht. Das Buch hat Stand März 2020. Nach Auffassung des Rezensenten ist dies letztlich aber auch besser so, denkt man an den primären Adressatenkreis wie Unternehmen und Berater. Sie wären vermutlich mit den (temporären) gesetzgeberischen Modifikationen schlichtweg überfordert.

Mit knapp unter 50 € ist *Niering's/Hillebrand's* Weg durch die Unternehmenskrise überraschend preiswert – und im Ergebnis jeden Cent wert! I.Ü. ist das Werk auch als eBook erhältlich und auch damit am Puls der Zeit (dann gar zu einem Preis von lediglich 39,99 €).

Christian Weiß

Fachpresse – Kurzmeldungen

Auswirkungen der umsatzsteuerlichen Steuersatzsenkung auf die Festsetzung der Insolvenzverwaltervergütung

Thomas Waza, BB 2020, 2007

Waza legt einleitend dar, dass die Änderungen des UStG (19 % auf 7 % respektive 7 % auf 5 %) auf Lieferungen, sonstige Leistungen und innergemeinschaftliche Erwerbe anzuwenden sind,

die ab dem Inkrafttreten der jeweiligen Änderungsvorschrift ausgeführt werden (§ 27 Abs. 1 Satz 1 UStG). Werden statt einer Gesamtleistung Teilleistungen (§ 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchs. a Satz 2 und 3 UStG) erbracht, kommt es für die Anwendung einer Ände-

* Die Kurzbeiträge sind der Fachpresseauswertung des Verlages entnommen, in der online 107 Fachzeitschriften aus 37 Rechtsgebieten inhaltlich umfangreicher ausgewertet werden.